

Thesen über Privatisierung

1. Wir sind seit einigen Jahren Zeugen eines gesamtgesellschaftlichen Privatisierungsprozesses: Die Regierungen geben die öffentliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge an private Unternehmen oder Stiftungen ab.
2. Alle staatlichen und kommunalen Betriebe und alle öffentlichen Dienstleistungen, aus denen sich Profit schlagen lässt, befinden sich im Zielbereich des Privatisierungskapitals: Telekommunikation und Transportwesen, Verwaltung und Bildung, Bahn und Justizvollzug, Gesundheit und soziale Sicherung, Energie, Wasser, Abfallentsorgung und andere. Wie man in den USA bereits beobachten kann, macht die Privatisierung auch vor hoheitlichen Aufgaben im engeren Sinne und vor dem Bereich der öffentlichen Sicherheit – Polizei und Militär – nicht halt.
3. Noch weit vor seiner Vollendung werden die Konturen dieses Prozesses und die veränderten Lebensbedingungen der Unterworfenen und der Rausgeworfenen sichtbar. Wo die Privatisierung zuge schlagen hat, kehren Arbeitsverdichtung und Niedriglohn, Verlängerung der Arbeitszeit, Konkurrenzdruck und Demokratieabbau, Arbeitslosigkeit, Angst und Unsicherheit ein.
4. Das Geschäft mit den öffentlichen Institutionen und Dienstleistungen soll Gewinn abwerfen. Also werden die Beschäftigten in Zukunft so billig wie möglich eingekauft werden und nur zeitlich befristete Verträge bekommen, denn die wichtigste Quelle des Profits ist noch immer die Verbilligung der Arbeitskraft. Darüber hinaus lassen sich die Gewinne durch Leistungsabbau und Zurückfahren der Investitionen einerseits, durch Preiserhöhungen und die Einführung von Gebühren andererseits maximieren.
5. Durch die Politik der Privatisierung werden die im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert vor allem durch die Arbeiterbewegung erkämpften Einrichtungen der Daseinsvorsorge, meist gegen den erkennbaren Willen der Bevölkerung, dem Profitinteresse privater Unternehmen ausgeliefert. Dieser Vorgang muß als eine entschädigungslose Enteignung erkannt und beschrieben werden.
6. Enteignet werden die Bürgerinnen und Bürger gleich doppelt: Ökonomisch, indem die mit ihren Steuern und Versicherungsbeiträgen geschaffenen öffentlichen Institutionen, und das heißt: ihr Anteil am gesellschaftlichen Eigentum, weggegeben wird. Politisch, indem die noch vorhandenen Spielräume und Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung erheblich beschnitten oder ganz abgeschafft werden.
7. Hauptansatzpunkt der Privatisierungspolitik ist die selbstverschuldete, systematische Verarmung des Staates und die daraus folgende Austrocknung der öffentlichen Institutionen. Diesen strategischen Zusammenhang markiert eine Äußerung von Jürgen Thumann vom Bundesverband der Deutschen Industrie: "Der Wettbewerb unter den privaten Anbietern führt dort zu schnellen und effizienten Lösungen, wo die öffentliche Hand heute nur noch bedingt handlungsfähig ist."
8. Die Finanzknappheit des Staates, die zur Begründung der Privatisierungspolitik herhalten muss, ist nicht vom Himmel gefallen. Die sogenannten Milliardenlöcher sind selbstgemacht. Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche ruinieren den Staatshaushalt. Lohnkürzungen und Sozialabbau verursachen Steuerausfälle; sie dezimieren die Einnahmen der Sozialversicherungen und der Gesetzlichen Krankenkassen. Opfer dieser Politik sind vor allem die Lohnabhängigen, deren Arbeitsmöglichkeiten, Realeinkommen und soziale Sicherheit in den letzten Jahren kontinuierlich abgebaut wurden. Ebenso katastrophal sind die Folgen für die Kommunen und die Länder, in deren Zuständigkeit die meisten Institutionen der Daseinsvorsorge fallen.
9. Die vom Industrieverband begrüßte Handlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand ist vielfach dadurch bedingt, dass die Institutionen durch den fortdauernden Entzug der Finanzen schlicht kaputtgespart werden. Auch wegen Unterfinanzierung und Personalmangel sind sie in unterschiedlichem Ausmaß reformbedürftig. Bürokratischer Leerlauf und ineffektive Arbeitsorganisation sind verbreitet; die Organe der Selbstverwaltung und der demokratischen Mitbestimmung sind nicht selten in Routine erstarrt. Die mit moderner Technik, professionell ausgearbeiteten Strategien und nahezu unerschöpflichen Mitteln ausgestatteten Unternehmen haben es angesichts dieser Mängel leicht, die Beteiligten mit der Betonung von Effizienz und Kostengünstigkeit zu beeindrucken.
10. Das Argument, private Institutionen könnten die Dienstleistungen effizienter und sparsamer erbringen hat sich dennoch in einer Unzahl von Fällen als falsch erwiesen. Die Unternehmen, die ihren Einstieg in den Markt oft mit verlockenden Anfangsinvestitionen erleichtern, lassen sich ihre Großzügigkeit zumeist großzügig bezahlen und lassen es auf die Dauer gerne auf zureichende Investitionen. Oft werden ihnen die erwarteten Gewinne auf Jahre oder Jahrzehnte hinaus garantiert. Der in vielen Fällen vereinbarte Rückkauf bei ausbleibenden Gewinnen erfolgt nach dem Grundsatz "Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste".
11. Ebenso trügerisch ist die Hoffnung, durch Privatisierung gesellschaftlicher Aufgaben werde der laufende Haushalt des Staates, der Länder und Kommunen nachhaltig entlastet. In vielen Fällen fressen Folge-

kosten die aus dem Verkauf gewonnenen Mittel auf. Auch privatisierte oder teilprivatisierte Schulen etwa werden schon heute zu 90% aus öffentlichen Mitteln finanziert. Verkauftes Wohneigentum führt aufgrund von Mieterhöhungen zu Mehrausgaben für das Wohngeld sozial schwacher Schichten. Die Unterlassung oder Verzögerung von Investitionen trifft die örtlichen Klein- und Mittelbetriebe und verursacht auf diese Weise Steuerausfälle – die Kette der Beispiele ließe sich fortsetzen.

12. Regierungen, welche die laufenden Betriebskosten für die öffentlichen Einrichtungen dennoch durch deren Verkauf loszuwerden glauben, haben ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das GATS (General Agreement on Trade in Services) und der Lissabon-Vertrag enthalten Bestimmungen, welche den Gang der privaten Unternehmen an die Krippe der öffentlichen Mittel erleichtern. Man kann sich vorstellen, dass die Anwälte einer privaten Hochschule mit dem Argument der "Wettbewerbsverzerrungen" ähnliche Zuweisungen aus den öffentlichen Kassen erstreiten wie die benachbarte staatlichen Hochschule sie erhält. Eine solche Diskussion über die Gleichstellung von privaten Versicherungen mit den gesetzlichen Krankenkassen wird in der Gesundheitspolitik schon seit einiger Zeit geführt.
13. Die Hauptworte der Propaganda für Privatisierungen sind – außer Effizienz und Kostensenkung – Freiheit des Handels, Markt, Wettbewerb und Bürokratieabbau. Gefordert wird die Verschlankung des Staates beziehungsweise seine Rückführung auf die Kernbereiche; gepriesen wird privates Engagement bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben – Ziele, gegen die man eigentlich nichts einwenden kann und um deren Verwirklichung im Sinne der Allgemeinheit man gewiss trefflich streiten könnte. Die Logik der Privatisierung ist jedoch eine andere. Das Kapital hat einen *horror vacui*: Wo immer eine nennenswerte Rendite lockt, muß man dabei sein. Auf die Art und die Qualität der produzierten Dienstleistung, auf ihren Wert für die Allgemeinheit kommt es nicht an.
14. Wettbewerb ist das Markenzeichen und Zauberwort für diese Unterwerfung des gesellschaftlichen Lebens und der Daseinsvorsorge unter die Kosten-Nutzen-Rechnung. Das neoliberale Denken ist außerstande, so etwas wie gesellschaftliche Organisation oder soziale Integration, Gemeinwohl oder Solidarität anzuerkennen. Dem freigesetzten Egoismus der Gewinnmaximierung entspricht die Reduktion der Wirtschaftstheorie auf das betriebswirtschaftliche Kalkül. Das Prinzip Wettbewerb wird auch dort durchgesetzt, wo Unvergleichliches oder durch Kalkulation nicht Erfassbares der Konkurrenz um Marktanteile überantwortet wird. Eine Einrichtung, die sich betriebswirtschaftlich rechnet, kann volkswirtschaftlich Unsinn sein – diese einfache Einsicht will den Verkündern des Neoliberalismus nicht in den Kopf.
15. Auch Institutionen, die sich noch in öffentlicher Hand befinden, werden derzeit den "Marktgesetzen" unterworfen und dem Wettbewerb ausgeliefert. In den meisten Fällen ist damit die Privatisierung vorprogrammiert. In der Bildungspolitik etwa beginnt das Rennen mit der "Selbstevaluation" der Schulen und endet – vorläufig – beim "Ranking" der Hochschulen. Die Etablierung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen seit 1992 zielt auf die Zerstörung der Gesetzlichen Krankenversicherung und des zu Gunsten der sozial Schwachen geschaffenen Solidarprinzips. Das auf Hilfeleistung gegründete, soziale Verhältnis zwischen Arzt und Patient wird zu einer ökonomischen Beziehung, die Überführung der Kassen in Unternehmen mit freier Vertragsgestaltung führt einerseits zu einem unübersichtlich wuchernden Angebot markadäquater "Versorgungsprodukte" und andererseits zu einer zunehmenden staatlichen Regulierungsdichte. Wettbewerb muss sein – meist ohne Rücksicht auf die Folgen. Die Öffentlichkeit soll daran gewöhnt werden, dass sich die Qualität eines jeden Gutes – Bildung und Gesundheit, Kultur und Natur – vornehmlich oder allein in der Konkurrenz bewährt.
16. Die gegenwärtig vielfach propagierte Public Private Partnership (PPP) ist eine Rechtsform für die Privatisierung einzelner Teile von öffentlichen Institutionen oder Dienstleistungen. Manche Kritiker halten sie für gefährlicher als die Privatisierung – sie zerlegt das Skandalon in einzelne Schritte und macht es dadurch salonfähig. Man wird sich in der Tat nicht darüber täuschen, dass der Investor sich – neben dem Gewinn aus dem Geschäft – die seinem finanziellen Aufwand entsprechende Gestaltungsfreiheit vertraglich zusichern läßt. Das kann die Arbeitsverhältnisse, die Höhe der Infrastruktur-Investitionen, aber auch die Entscheidung über Preise und Gebühren, Zugänglichkeit und anderes mehr betreffen. Es muß dem Unternehmen darauf ankommen, dass alle Vereinbarungen seinen Gewinnerwartungen günstig sind. Nicht zuletzt deshalb sind die Verträge solcher Public-Private-Partnerships oft so geheim, dass nicht einmal die beschließenden Parlamente sie kennen. Im übrigen wird ein Unternehmen eine solche Partnerschaft – je nach dem Gang der Geschäfte – als einen "Schritt in die richtige Richtung" behandeln. Damit ist gesagt: PPP ist die Einstiegsdroge der Privatisierung.
17. Gegenwehr und Protest gegen die Privatisierung ist mittlerweile allorten spürbar, in vielen Fällen sogar erfolgreich. Über die Geduld und Hartnäckigkeit der ins Geschäft drängenden Unternehmen darf man sich dabei allerdings keinen Täuschungen hingeben. Der *horror vacui* des Kapitals ist keine Eigenschaft, auf deren Verschwinden man hoffen könnte. Für die Verantwortlichen in den Vorständen der Konzerne ist das "Ende der Bescheidenheit" ein Dauerzustand: "Sich im Namen eines persönlichen Humanismus vom allerheiligsten Prinzip der Gewinnmaximierung zu entfernen, käme beruflichem Selbstmord gleich" (Jean Ziegler).

